



## Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. August 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Ott Anna, Porchet Pascal und Schäublin Max

### Traktanden

### Laufnummer

Traktandenliste:

- |   |                       |
|---|-----------------------|
| Das <i>Verfahrenspostulat</i> „ <i>Stadtratsentschädigung</i> “ (Nr. 2016/254) wird vom Postulanten zurückgezogen und das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt.   | 2016/254              |
| 1. Protokolle der Ratssitzungen vom 22. Juni 2016 und 29. Juni 2016<br><i>://: Die Protokolle der letzten beiden Ratssitzungen werden genehmigt.</i>  | -                     |
| 2. Zonenplan Landschaft, Mutation Perimeter<br><i>://: Die Stadtratsvorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>  | 2016/6                |
| 3. Quartierplan Hanro-Areal - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Quartierplan Hanro-Areal, 2. Lesung und Beschlussfassung<br><i>://: Gemäss Anträgen des Stadtrates und der BPK werden die Quartierplanvorschriften Hanro-Areal einstimmig beschlossen.</i>   | 2016/240<br>2016/240a |
| 4. Beratungsmandate - Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung der Vergabepaxis, Submissionen bei den Beratungsmandaten<br><i>://: Der GPK-Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.<br/>://: Einstimmig wird der GPK der Legislaturperiode 2016-2020 empfohlen, weitere Prüfungen in der Vergabepaxis und vor allem im Baugeswerbe durchzuführen.</i> | 2016/252              |
| 5. Völkerwanderung - Postulat der SVP-Fraktion betreffend Völkerwanderung: Unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden<br><i>://: Mit grossem Mehr wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>  | 2016/249              |
| 6. Verwaltungsdienstleistungen - Postulat „Bedarfsgerechte Dienstleistung der Verwaltung“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion<br><i>://: Mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.</i>  | 2016/250              |

7. Gemeinnütziger Wohnungsbau - Interpellation „Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau für einen vielfältigen Wohnungsmix“ von Patrick Mägli und Dominique Meschberger der SP-Fraktion 2016/251  
*Die Interpellation wird beantwortet und ist somit erledigt.*
8. Fragestunde  
*In der Fragestunde werden vom Stadtrat 10 Fragen beantwortet.*
9. Elefantenbrüggli - Postulat „Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum“ von Bruno Imsand der FDP-Fraktion 2016/256  
*://: Das Postulat wird mit grossem Mehr an den Stadtrat überwiesen.*
10. Oristalunterführung - Postulat betreffend Verlängerung der Unterführung Oristal von Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2016/257  
*://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.*

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder, Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur zweiten Sitzung im Amtsjahr 2016/2017.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert über einige wesentlichen Punkte der letzten Bürositzung:

- Die FIKO wird dem Rat für die Sitzung vom 28. September 2016 Bericht und Antrag betreffend den Einwohnerrat-Sitzungsentschädigungen für die Amtsperiode 2016 - 2020 zur Beschlussfassung unterbreiten.
- Vizepräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) ist an der nächsten Ratssitzung vom 28. September 2016 ferienabwesend und dessen Aufgaben werden vom früheren Ratspräsidenten Hanspeter Stoll (SP) übernommen.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- ER-Detailterminplan 2017
- Geschäftsreglement für den Einwohnerrat, ESL 131.1
- Vorlagen Nr. 2016/7 - Nr. 2016/8 (neue Vorstösse)

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Fahrplan 2025 - Postulat zum Fahrplan 2025 von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/7)
- Unternehmenssteuerreform - Interpellation „Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Liestal“ von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion (Nr. 2016/8)

### **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP, Ersatzmitglied) | Seite A (SP, GL)                       |
| - Jeitziner Karin (FDP)              | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Küng Peter (SP)                    | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert darüber, dass im Amtsjahr 2016/2017 die Büro-Ersatzmitglieder der SVP-Fraktion und der CVP/EVP/GLP-Fraktion als Stimmenzähler zum Einsatz kommen, da diese beiden Fraktionen nur je 1 Sitz im Büro haben und diese bereits das Amt des Ratspräsidiums und Vizepräsidiums inne haben.

**Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

**Mitteilungen des Stadtrates**

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

## **Traktandenliste**

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

Er informiert darüber, dass von Verfasser Diego Stoll (SP) das Verfahrenspostulat betreffend Überprüfung der Stadtratsentschädigung (Nr. 2016/254) zurückgezogen wurde und dieses deshalb an der heutigen Ratssitzung nicht zu behandeln ist.

://: Es werden die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 10. August 2016 an der heutigen Sitzung behandelt, wobei das Traktandum Nr. 8 (Verfahrenspostulat „Stadtratsentschädigung“, Nr. 2016/254) nach dem Rückzug des Vorstosses von der Geschäftsliste gestrichen wird.

**15 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Protokolle der Ratssitzungen vom 22. Juni 2016 und 29. Juni 2016**

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den Protokollen der beiden letzten Sitzungen eingegangen sind und diese deshalb dem Rat zur Genehmigung beantragt werden.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokolle der Sitzungen vom 22. Juni 2016 und 29. Juni 2016 werden einstimmig genehmigt.

**16 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Zonenplan Landschaft, Mutation Perimeter (Nr. 2016/6)**

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass er kurzfristig das Geschäft „Zonenplan Landschaft“ vorziehen muss, da BPK-Präsident Thomas Eugster noch nicht eingetroffen ist und das Geschäft „Quartierplan Hanro-Areal“ erst nach dessen Eintreffen behandelt werden kann.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass vom Rat das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Das Büro beantragt dem Rat, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, dass Planungsmutationen wichtig sind und diese deshalb im Rat auch zweifach beraten werden. Im Interesse eines effizienten Ratsbetriebes stimmt die Grüne Fraktion der Überweisung an die BPK zu.

Patrick Mägli (SP) sagt, auch seine Fraktion befürworte die Überweisung der Vorlage an die BPK.

Markus Rudin (SVP) hält fest, dass es sich doch um mehrere Perimeter-Mutationen handelt und diese auch seriös von der BPK im Detail beraten werden sollen. Der Überweisung an die BPK wird zugestimmt.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass auch seine Fraktion die Vorberatung des Geschäfts durch die BPK befürworte.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittelfraktion wird der Überweisung an die BPK zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann betont, dass es sich bei der Zonenplanmutation grundsätzlich nicht um ein inhaltliche Geschichte handelt, denn vielmehr geht es um formelle Anpassungen des Perimeters. Die Vorberatung durch die BPK macht Sinn, wurden diesbezügliche Fragen doch schon in einer früheren Fragestunde hier im Rat thematisiert.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann nach Umfrage feststellen, keine weiteren Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2016/6 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**17 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Quartierplan Hanro-Areal - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Quartierplan Hanro-Areal, 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2016/240)**

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird und dieses Traktandum nach dem Eintreffen des BPK-Präsidenten nun behandelt werden kann. Das Geschäft ist an der Sitzung vom 22. Juni 2016 in einer 1. Lesung bereits einmal beraten worden.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass seitens BPK nach der ersten Lesung keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Die BPK empfiehlt einstimmig die Annahme der stadträtlichen Vorlage.

Stadtrat Franz Kaufmann möchte noch einige Fragen aus der letzten Sitzung beantworten und kann betreffend dem Wohnungsmix darüber informieren, dass je ein Viertel 4 ½-Zimmer-Wohnungen und 5 ½-Zimmer-Wohnungen sind. Bei den restlichen Wohnungen handelt es sich um kleinere Wohnungen sowie Studios. Auch mit Realisierung des QP Hanro braucht es keinen zusätzlichen Schulraum.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass es ihrer Fraktion wichtig ist, dass man den aufkommenden Mehrverkehr im Auge behält. Auch möchte man mitgeben, dass der Fussgängerstreifen ausgangs Senfiweg in Richtung Schule wieder markiert wird. Dem QP Hanro-Areal wird man zustimmen.

Bernhard Bonjour (SP) informiert als Einzelsprecher und Lehrer an der Schule für offenes Lernen darüber, dass er selbst das Projekt auch begrüsse. Es ist wichtig, dass man Zusicherungen betreffend den Verkehrssicherheitsmassnahmen und dem Erhalt des Schulgartens einhält, welche man in der Kommissionsberatung gemacht habe. Die SP-Fraktion begrüsst die günstigen Wohnungsmietzinsen und unterstützt die Anträge des Stadtrates und BPK.

Markus Rudin (SVP) teilt mit, dass seine Fraktion dem vorliegenden QP ebenfalls zustimmen wird. Auch die Umsetzung der Hochwasserschutzmassnahmen wird begrüsst.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Er lässt nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen, welche mit denjenigen der BPK identisch sind.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat die Quartierplanvorschriften Hanro-Areal, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 01.03.2016 und dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 02.03.2016.

**18 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Beratungsmandate - Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Prüfung der Vergabepaxis, Submissionen bei den Beratungsmandaten (Nr. 2016/252)**

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird. Der GPK-Bericht wird vom früheren Kommissionspräsidenten Claudio Wyss vorgestellt.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Vorlage Nr. 2016/252 vor: Mit den gesetzlichen Regulierungsmassnahmen im öffentlichen Beschaffungswesen werden verschiedene Ziele verfolgt und für deren Umsetzung ist vom Kanton die Broschüre „ABC für das Beschaffungswesen“ erarbeitet worden. In dieser 35-seitigen Beschaffungsfibel werden alle Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens beleuchtet, die gesetzeskonformen Vorgehensweisen aufgezeigt und erläutert. Die GPK hat sich der nicht einfachen Aufgabe angenommen, anhand von Stichproben zu untersuchen, wie die Verfahren in der Verwaltung Liestals abgewickelt werden. Zwei Kommissionsmitglieder bringen diesbezüglich eine grosse Kompetenz aus ihrem beruflichen Umfeld mit, weshalb die Abklärungen der GPK überhaupt in Angriff genommen werden konnten. In der Rechnung 2015 machen beispielsweise die Konten für Dienstleistungen, Planungen und Projektierungen Dritter sowie Honorare für externe Berater rund 3,5 Mio. Franken aus. Gemäss städtischen Submissionsverordnung steht der Preis bei den Vergabungen im Vordergrund. Es muss ja auch das Ziel sein, dass die öffentlichen Geldmittel möglichst wirtschaftlich eingesetzt werden. Eine Durchleuchtung solcher Aspekte ist für eine Kommission, welche nur mit den eigenen Mitteln arbeiten kann, doch recht schwierig. Aufgrund von eingeforderten Unterlagen und geführten Gesprächen macht die GPK unter Punkt 3 des Kommissionsberichtes drei Aussagen, denen der Stadtrat und die Verwaltung die gebührende Beachtung schenken sollte. Namens der GPK dankt er allen Beteiligten für die Unterstützung und Ermöglichung der GPK-Arbeiten. Die Ratsmitglieder werden gebeten, den beiden Anträgen der GPK zuzustimmen.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass das Geschäft die GPK relativ lange beschäftigt hatte. Bei Stichprobenkontrollen wurde die Umsetzung der Submissionskriterien und -vorschriften überprüft. Nebst dem Submissionsregelwerk spielen noch andere Faktoren bei den Vergabungen teilweise entscheidende Rollen. Dies können beispielsweise gute Erfahrungen mit Anbietern, eine überzeugende Qualität, das Vorhandensein von nur einem Angebot trotz Einladung mehrerer Firmen zur Offertstellung etc. sein. Solche Gegebenheiten und Faktoren können berücksichtigt werden, weil dies die Ausnahmeregelung „in der Regel“ der Submissionsverordnung erlaubt. Letztendlich geht es doch darum, dass qualitativ gute Arbeit geleistet und wirtschaftlich sinnvoll gearbeitet wird. Auch die Chancengleichheit für die verschiedenen Anbieter muss gewährleistet sein, damit Korruption verhindert werden kann. Er ist sicher, dass sich Stadtrat und Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen daran halten. Dank den Abklärungen der GPK könnten sicher gewisse Prozesse in der Verwaltung überdenkt werden, darum wird auch der neuen GPK empfohlen, künftig wieder einmal die Vergabepaxis zu thematisieren.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, es gehöre zur Aufgabe der GPK, Abläufe der Verwaltung zu überprüfen. Dabei geht es nicht darum, ein Haar in der Suppe zu finden. Toll wäre es natürlich, wenn man im vorliegenden Bericht hätte festhalten können, dass alles optimal läuft. Zwischendurch hatte die GPK aber doch das Gefühl, nicht ein Haar, sondern gleich eine ganze Perücke in der Suppe gefunden zu haben. Viele Dinge laufen nicht rund und die GPK hatte deshalb versucht, Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. In der Submissionsverordnung wird festgelegt, für welche Beträge wie viele Offerten einzuholen sind. Es können auch weitere Vergabekriterien definiert werden, doch müssen diese den Offertstellern vorgängig auch bekannt sein. Solche Regelungen sind auch ein Schutz für die Ver-

waltung, damit aufgezeigt werden kann, dass sie mit den anvertrauten Geldern gut umgegangen sind. Verschiedene Bestimmungen der Submissionsverordnung werden häufig ausgedehnt. So sollen doch beispielsweise Ausnahmeregelungen nicht zur Regel werden. Die Mittefraktion wird den GPK-Anträgen zustimmen.

Werner Fischer (FDP) möchte verschiedene Aussagen der Vorredner nicht noch einmal wiederholen, ergänzend möchte er doch festhalten, dass sich die GPK immer bewusst war, dass die Überprüfung der Vergabepraxis nicht einfach ist. Einzelne Bestimmungen der Submissionsverordnung sind sicher nicht so sehr stark ausgereizt worden, dass man gar von gesetzeswidrigen oder gar strafbaren Fällen sprechen könnte. Doch auch die FDP-Fraktion unterstützt die Empfehlung für eine nochmalige Überprüfung durch die neue GPK.

Hanspeter Stoll (SP) meint, auch die SP-Fraktion unterstütze beide Anträge der GPK. Es ist die Pflicht und Aufgabe der GPK, die Aufgaben der Verwaltung zu überprüfen und darüber zu berichten. Dass im Zusammenhang mit der Vergabepraxis einiges nicht richtig gelaufen ist, kann im Bericht gelesen werden. Die GPK ist sich auch durchaus bewusst, dass in Lieetal in den vergangenen Jahren eine überdurchschnittlich Bautätigkeit stattgefunden hatte, weshalb man auch Verständnis dafür hat, dass der Stadtrat in gewissen Situationen schnell handeln musste. Wichtig ist aber doch, dass von der GPK nicht festgestellt werden musste, dass bei Vergabungen gar gemauschelt oder mit böser Absicht gehandelt wurde. Die geltenden Submissionsbestimmungen müssen aber zwingend eingehalten werden und lassen keinen Spielraum offen.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, dass seine Fraktion die Abklärungen der GPK im Zusammenhang mit den Vergabungen sehr begrüsse. Eine periodische Überprüfung der Vergabepraxis durch die GPK macht Sinn und dient auch zum Schutz des Stadtrates sowie der Verwaltung. Die SVP-Fraktion stimmt beiden Anträgen der GPK zu. Es stellt sich noch die Frage, ob gegebenenfalls Anpassungen bei den kommunalen Submissionsbestimmungen Sinn machen würden, obwohl das kantonale Gesetz ja schon sehr viel vorschreibt.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für den GPK-Bericht und die Auseinandersetzung der Kommission sowie des Rates mit dem Submissionsthema. Der Bericht gibt sicher Gelegenheit, Gedanken und Eindrücke auszutauschen. Und dem Stadtrat gibt es die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass es nebst der Theorie auch noch eine Praxis gibt, die im Interesse der Sache gelebt werden kann. Von Claudio Wyss ist darauf hingewiesen worden, dass das Submissionsrecht auf allen Stufen sehr engmaschig ausgestaltet ist. Teilweise muss gar noch internationales Recht bei grösseren Submissionsverfahren berücksichtigt werden. Von der Ausgangslage her ist es klar, dass die Spielräume äusserst eng sind und es nur sehr wenige Möglichkeiten für die zuständigen Behörden gibt, innerhalb eines Ermessensspielraumes handeln zu können. Somit handelt es sich bei Submissionsverfahren grösstenteils um reine Verwaltungsakte und Routinearbeiten, bei welchen sich die Behörden nur noch beschränkt einbringen können. Um so wichtiger ist es deshalb doch, dass in begründeten Fällen die Möglichkeit besteht, von der Regel abzuweichen und die Submissionsverordnung dem Stadtrat noch die Möglichkeit gibt, in begründeten Fällen ein Ermessen auszuüben. Die Frage ist natürlich, wo und in welchen Fällen ein Ermessen ausgeübt werden kann und ist dies begründet. Diese Frage kann aber nicht einfach generell abstrakt diskutiert werden, sondern die Ermessensfrage muss in jedem konkreten Fall gestellt werden. Solche Fälle und Fragen sind mit der GPK diskutiert worden und er bedauert es schon, dass man bezüglich dem Ermessen nicht eine gemeinsame Lesart gefunden hatte. Auch muss man sich vor Augen halten, dass Beschaffungen bei Beratungsmandaten für die Gemeinde nicht mit denjenigen im Privat- und Geschäftsbereich verglichen werden können. Bei Beratungsmandaten geht es ja darum, dass ein Spezialwissen verfügbar gemacht wird, welches in der Verwaltung oder der zuständigen Behörde vorhanden ist. So sei das mit der GPK bereits diskutierte Beispiel im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Sanierung erwähnt, wo der Stadtrat einen externen und unabhängigen Berater ohne Ausschreibung und im Rahmen des Ermessensspielraumes mandatiert hatte. Dieser Auftrag müsste schlussendlich doch auch am Resultat und Nutzen

gemessen und nicht alleine der Ermessensspielraum in Frage gestellt werden, hatte alleine die Stadt Liestal dank diesem Beratermandat 15 Mio. Franken gespart. Als weiteres Beispiel sei der Vierspur-Ausbau der SBB mit einem Investitionsvolumen von 320 Mio. Franken erwähnt. Dieses Bauvorhaben ist ein Rieseneingriff in die Stadt Liestal und bringt eine 10-jährige Baustelle mit sich. Auch bei diesem Projekt hat der Stadtrat in seinem Ermessen einen sachverständigen Städtebauer mandatiert. Bei der Rekrutierung musste unter anderem auch berücksichtigt werden, dass es sich um einen Städtebauer handelt, welcher schon Erfahrungen mit SBB-Projekten gemacht hatte. Weitere Beispiele und im Rahmen des stadträtlichen Ermessens erteilte Beratermandate könnten nun an dieser Stelle noch aufgezählt und begründet werden. Diesbezüglich hatte man der GPK mündlich und auch schriftlich Bericht erstattet. Deshalb ist es für den Stadtrat auch nicht nachvollziehbar, weshalb man im GPK-Bericht lesen muss, dass es für die Kommission nicht nachvollziehbar ist, weshalb der Stadtrat immer wieder von diesem Ermessensspielraum Gebrauch machte. Es ist der Auftrag der GPK, dass rechtmässige Handeln des Stadtrates und der Verwaltung festzustellen. Und beim Lesen des GPK-Berichtes kann man feststellen, dass genau diese Rechtmässigkeit festgestellt wird, indem dem Stadtrat ein Ermessensspielraum in begründeten Ausnahmefällen zugestanden wird. Im Kommissionsbericht wird kein einziger Fall erwähnt, bei welchem dem Stadtrat der Vorwurf gemacht werden könnte, dass er nicht rechtmässig und im Rahmen seines Ermessens gehandelt habe. Und so ist es ihm schon ein Rätsel, wo nun die GPK nicht ein Haar, sondern gleich eine ganze Perücke in der Suppe gefunden haben soll. Bei der Beratung des Amtsberichtes in der GPK wird häufig die Frage an den Stadtrat gestellt, wo er denn Liestaler-Unternehmungen bei den Arbeitsvergaben berücksichtigen könnte. Diese Frage wird immer wieder gestellt, obwohl man weiss, dass sich auch der Stadtrat an ein engmaschiges Submissionsrecht halten muss. In diesem Zusammenhang wird dann meist an den Stadtrat appelliert, den Ermessensspielraum vermehrt auszuschöpfen, damit vermehrt Vergabungen an Ortsansässige gemacht werden können. Er versteht es nun nicht ganz, dass im einen Fall der Ermessensspielraum zu Gunsten Liestaler-Firmen gewünscht wird, hingegen das Ermessen nicht ausgeübt werden kann, wenn es um die Mandatierung von Spezialisten geht, die den Stadtrat bei wichtigen und ambitionierten Geschäften beraten. Für den Stadtrat steht fest, dass er in all den mit der GPK diskutierten Fällen im Rahmen des Ermessens geblieben war. Und sollte dies nicht der Fall sein oder der Stadtrat gar gegen die Submissionsbestimmungen verstossen haben, so sollen hier und jetzt konkrete Fälle und Beispiele auf den Tisch gebracht werden, ansonsten müssten diesbezügliche andere Aussagen wohl zurückgenommen werden.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

- ://: Der GPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2016/252 wird einstimmig vom Rat zur Kenntnis genommen.
- ://: Einstimmig wird der GPK der Legislaturperiode 2016 - 2020 empfohlen, weitere Prüfungen in der Vergabepaxis und vor allem im Baugewerbe durchzuführen.

**19 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Völkerwanderung - Postulat „Völkerwanderung: Unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden“ der SVP-Fraktion (Nr. 2016/249)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal: SVP-Fraktion

23. Mai 2016

**Postulat**

**betreffend Völkerwanderung: Unhaltbare Entwicklung in den Gemeinden**

*Die vor allem zuwanderungsbedingte Ausweitung der Sozialhilfe wird langsam unhaltbar. Die Kostensteigerung führt dazu, dass die Gemeinden bei den Finanzen nur noch einen geringen Handlungsspielraum besitzen, sind doch ein Grossteil der Ausgaben fremdbestimmt.*

*Wir bekennen uns vollumfänglich zu den Genfer Konventionen, wonach wir bereit sind, persönlich an Leib und Leben bedrohte Menschen aufzunehmen. Wir stellen aber fest, dass der Bundesrat keinerlei Vorsorge dazu einzuleiten scheint, dass in die Schweiz drängende Migranten, die für sich in keiner Art und Weise Asylrecht in Anspruch nehmen können, vom Eintritt in unser Land konsequent abgehalten werden. Volksentscheide, die den Bundesrat beauftragen, übermässige Einwanderung in die Schweiz zu verhindern, werden seit Jahren nicht umgesetzt. Dies führt dazu, dass die Aufwendungen für Unterbringung und Betreuung der den Gemeinden zugewiesenen Einwanderer regelrecht explodieren – langfristige Kosten werden nur anfänglich vom Bund mitgetragen. Hinzu kommen für die Gemeinden auch weitere Folgekosten, z.B. in der Volksschule.*

*Stossend ist der von Bern und auch von den Kantonen ausgehende massive Druck, den Gemeinden zugewiesene, tatsächlich oder angebliche Asylsuchende so rasch wie möglich der Kategorie der «vorläufig Aufgenommenen» zuzuteilen – womit statistisch frei gewordene Plätze für Asylsuchende sofort durch Neuzuteilungen aufgefüllt werden können. Abgesehen davon, dass derart von oben verfügte, in rascher Folge Tatsache werdende Neuzuteilungen erfolgsversprechende Integrationsanstrengungen unterhöhlen, wenn nicht gar verunmöglichen, bleiben die vorläufig Aufgenommenen meistens in den Gemeinden, denen sie als Asylsuchende zugeteilt worden sind. Und die übergrosse Mehrheit ist weder in der Gesellschaft noch auf dem Arbeitsmarkt integrierbar. Infolgedessen bleiben die meisten von ihnen vollumfänglich oder weitgehend sozialhilfeabhängig. Die frocierte Zuteilung neuer Immigranten durch Bund und Kantone hat also nichts weniger als die vorsätzliche Aushöhlung der Gemeindehaushalte zur Folge.*

*Wir unterschätzen das Ausmass der Herausforderung, der sich die Bundesbehörden angesichts der Migrantenströme in Europa ausgesetzt sind, keineswegs. Dennoch sollten es die Gemeinden nicht weiter tolerieren, dass sie derart massive Kosten zu tragen haben, für welche – Folge des Nicht-Handelns der Landesregierung – gesetzliche Grundlagen fehlen.*

*Wir fordern deshalb den Stadtrat dazu auf, beim Bundesrat im Namen der Liestaler Bevölkerung entsprechend zu intervenieren.*

*Der Fraktionspräsident i. V.*

*Hanspeter Meyer*

\*\*\*\*\*

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt als Postulant, die grosse Herausforderung im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsproblem sei wohl allgemein bekannt. Es zeigt sich länger und mehr, dass eigentlich niemand Lösungen vorweisen kann. Durch falsch gemeinte Versprechungen hat das Ganze leider eine Dimension angenommen, die dazu führt, dass schlussendlich die wirklichen Flüchtlinge die Leidtragenden sind, da alle in den gleichen Topf geworfen werden. Durch die ganze Problematik entstehen Bewegungen, die wir so eigentlich nicht wollen. Viele Leute fühlen sich von den Politikern im Stich gelassen und es ist allgemein eine gewisse Ohnmacht vorhanden. Schlimm in der Schweiz ist jedoch die Abwicklung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden, wobei Letztere schlussendlich meist vor unlösbare Probleme gestellt werden. Die SVP-Fraktion möchte mit dem Postulat einen Pflock einschlagen und damit Bundesbern sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Bei der Flüchtlingsproblematik müssen die Ursachen bekämpft werden, denn die Lösung kann nicht alleine bei der Verteilung der Folgekosten liegen. Die Kosten laufen aus dem Ruder und das wird in den nächsten Jahren noch viel extremer werden, da beispielsweise mit den schnelleren Verfahren die Asylsuchenden viel früher auf die Gemeinden verteilt werden. Die Statistiken zeigen, dass diese immer schwieriger in den Arbeitsprozess integriert werden können und deshalb die Sozialhilfekosten weiter ansteigen werden. Mit dem Vorstoss möchte man verhindern, dass die Gemeindehaushalte vorsätzlich ausgehöhlt werden. Auf die fremdbestimmten Kosten in diesem Bereich haben die Gemeinden meist gar keinen Einfluss mehr. Der Einwohnerrat könnte mit der Postulatsüberweisung auch für andere Gemeinden ein Zeichen setzen. Sollte der Rat dies nicht wollen, so dürfte man aber im Zusammenhang mit den Gemeindefinanzen und Fremdbestimmung künftig nicht mehr jammern. Nun geht es nicht um Ideologien und Ränke-spiele, sondern die Suche nach Lösungen, die für alle Beteiligten schlussendlich verhalten.

Stadträtin Regula Nebiker informiert darüber, dass der Stadtrat den Vorstoss nicht übernehmen möchte. Den Inhalt des Vorstosses habe man teilweise mit Befremden zur Kenntnis genommen, auch sind verschiedene Begründungen nicht nachvollziehbar. Es ist beispielsweise nicht richtig, dass man beispielsweise die hohen Sozialhilfekosten mit der aktuellen Flüchtlings-situation begründen kann. Der Stadtrat sieht keinen Anlass, diesbezüglich gleich in Bundesbern vorstellig zu werden, wie dies im Postulat vorgeschlagen wird. Auch Bundesbern wird den Flüchtlingsstrom kaum aufhalten können und die geschilderten Zustände im Asylwesen treffen für die Stadt Liestal auch gar nicht zu. Für die Zuteilung der Asylbewerber auf die Gemeinden zeichnet der Kanton verantwortlich und die Aufnahmequote liegt im Moment bei 1 Prozent, was im Moment mit 0,78 % auch nicht ausgeschöpft wird. Auch wehrte sich Liestal vor kurzer Zeit erfolgreich, als man das Gefühl hatte, ungerecht behandelt zu werden. In der Folge hatte der Kanton dann auch die Aufnahmequoten und -plätze transparent ausgewiesen und publik gemacht. Auch stimmt die Aussage der Postulanten betreffend der Fremdbestimmung durch Bund und Kanton nicht, denn der Handlungsspielraum der Gemeinden ist diesbezüglich nicht eingeschränkt worden.

Patrick Mägli (SP) findet, er habe es immer toll gefunden, dass im Rat auch bei unterschiedlichen Ansichten eine sachliche Auseinandersetzung möglich war, wie dies beispielsweise letztes Jahr bei der Debatte betreffend einem allfälligen Asylzentrum im Oristal der Fall war. Mit dem nun vorliegenden Postulat verabschiedet sich aber die SVP-Fraktion von dieser Kultur in Richtung eines billigen Populismus. In diesem Vorstoss werden bewusst Sachen vermischt wie die Personenfreizügigkeit mit der EU und Asylpolitik. Bei anderen Themen wie beispielsweise die steigenden Sozialhilfekosten und wirtschaftlichen Umwälzungen werden Zusammenhänge bewusst unterschlagen. Damit möchte man wohl das einzige Politikfeld weiter bewirtschaften, welches der Mutterpartei in den letzten Jahren Erfolge gebracht hatte. Die Sozialhilfekosten sind tatsächlich ein grösseres Problem für Liestal, weshalb Bund und Kantone die Lasten besser verteilen sollten. Der Vorwurf der Postulanten, dass die im Postulat erwähnten Asylanten und vorläufig Aufgenommenen die Hauptverursacher der ansteigenden Sozialhilfekosten sind, ist einfach falsch. Es ist erwiesen, dass der grösste Teil des Kostenanstieges auf wirtschaftliche Umwälzungen sowie Kürzungen bei der AHV und IV zu-

rückzuführen ist. Die Überweisung des Postulates wird von der SP-Fraktion einstimmig abgelehnt.

Meret Franke (GL) äussert, dass man von der SVP-Fraktion eine doch etwas andere Tonart gewöhnt sei und die Zusammenarbeit zum Wohle Liestals habe man bisher konstruktiv und sachbezogen erlebt. Dieses Postulat erstaunt nun doch, wird darin doch ganz einfach ein offener Brief der SVP Schweiz kopiert. Der angeschlagene Ton passt gar nicht zur SVP-Fraktion hier im Saal. Inhaltlich möchte sie sich zum Vorstoss nicht äussern, zumal klar ist, dass die Grüne Fraktion diesen Vorstoss nicht an den Stadtrat überweisen wird.

Bruno Imsand (FDP) legt dar, dass die Postulanten im Schlusssatz den Stadtrat dazu auffordern, beim Bundesrat im Namen der Liestaler-Bevölkerung zu intervenieren. Soll nun Stadtpräsident Lukas Ott Bundesrätin Simonetta Sommaruga oder Bundesrat Ueli Maurer telefonieren? Auch solche Formfehler sind ein Grund dafür, dass seine Fraktion der Postulatüberweisung nicht zustimmen wird, denn solche Aufträge an den Stadtrat können nicht mit einem Postulat erteilt werden. Auch wird im Vorstoss das Asylwesen, der Sozialhilfekostenanstieg usw. thematisiert und es ist auch keine Einheit der Materie vorhanden. Der Dienstweg der Stadt Liestal führt über den Kanton und diesbezüglich möchte er dem Stadtrat ein Kränzlein winden, hatte sich dieser doch erfolgreich für eine Transparenz betreffend den Asylanfragen bzw. aufgenommenen Asylbewerbern eingesetzt. Auch war dieser federführend bei der Ausgleichsinitiative mit dem Ziel einer gerechteren Sozialhilfekosten-Aufteilung. Der Einwohnerrat sollte den Stadtrat bei seinen Bemühungen auf kantonaler Ebene unterstützen, denn mit Bundesbern haben wir nun wirklich nichts zu tun. Der SVP-Fraktion möchte er den Vorschlag machen, dass sich diese nun doch eher an Bundesrat Ueli Maurer wenden und diesem in Erinnerung rufen sollten, für welche Aufgaben denn seine Grenzwächter angestellt wurden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass der Zuwachs an Migranten den Staatshaushalt mehr kosten wird, doch machen die täglichen Bilder der Flüchtlingswelle schon auch traurig. Das Problem kann wohl nur gesamtschweizerisch gelöst werden, eine Intervention des Stadtrates in Bundesbern dürfte wohl kaum der richtige Weg und wenig erfolgsversprechend sein. Die Mittefraktion wird das Postulat in dieser Form nicht unterstützen.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass seiner Fraktion schon im Voraus klar war, dass man mit dem Postulat auf verlorenem Posten sein wird. Und doch sollten halt hier im Rat auch unangenehme Sachen diskutiert werden, bevor das böse Erwachen kommt. Die Vorwürfe einiger Fraktionssprecher kommen zum Teil aus der untersten Schublade, zumal vor der Problematik nicht einfach die Augen geschlossen werden können. Seine Fraktion ist auch weiterhin an einer Zusammenarbeit interessiert, doch erwartet diese, dass die übrigen Fraktionen zumindest vorhandene Fakten zur Kenntnis nimmt.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr wird das Postulat Nr. 2016/249 nicht an den Stadtrat überwiesen.

20      0.01.011.01      **Einwohnerrat**

6.      **Verwaltungsdienstleistungen - Postulat „Bedarfsgerechte Dienstleistung der Verwaltung“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2016/250)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Marianne Quensel  
SP-Fraktion*

**Postulat: Bedarfsgerechte Dienstleistung der Verwaltung!**

*Im Februar 2013 wurde das Postulat 2007/162 (Vereinfachung des Zugangs zur Verwaltung) von Daniel Spinnler und Bernhard Fröhlich vom Rat abgeschrieben.*

*Seither ist einige Zeit vergangen. Einiges hat sich verändert vor allem der elektronische Zugang zur Verwaltung. Was gleich geblieben ist, ist die räumliche Enge im Schalterbereich im EG. Wartende werden ob sie wollen oder nicht, mitbekommen, was am Informationsschalter gesprochen wird. Die Öffnungszeiten und der Zugang, auch elektronisch, könnten den Bedürfnissen der Bevölkerung noch besser angepasst werden.*

*Andere, mit Liestal vergleichbare, Verwaltungen (Baden, Aarau, Reinach) verfügen heute über ein kundenfreundliches Stadtbüro, einen Stadtladen – einen One-Stop-Shop. Das Prinzip einer solchen Anlaufstelle führt zu einer Verkürzung der Kommunikationsabläufe, zu einer raschen Erledigung der einzelnen Ablaufschritte und damit zu einer Optimierung der verwaltungstechnischen Aufgaben einerseits und zu einer kundenfreundlichen Dienstleistung andererseits.*

*Unsere Stadt entwickelt sich. Wir haben uns zum Ziel gesetzt dies mit Umsicht und in guter Qualität zu tun. Deshalb finden wir es an der Zeit die Dienstleistungen unserer Verwaltung attraktiv und neuzeitlich zu organisieren.*

*Wir sind überzeugt, dass allfällige Anpassungen ohne hohe Kosten und auch ohne Aufstockung von Stellenprozenten machbar sind. Wir bitten deshalb den Stadtrat Möglichkeiten aufzuzeigen, wie eine solche Anpassung in Liestal aussehen könnte und wie eine Umsetzung machbar wäre.*

*Marianne Quensel, SP Fraktion*

\* \* \* \* \*

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, der Stadtrat sei bereit, dieses Postulat zu übernehmen.

Marianne Quensel (SP) sagt als Postulantin, dass Liestal künftig weiter wachsen wird und die Dienstleistungen der Verwaltung doch etwas nachhinken. Mit dem Postulat möchte man keinesfalls, dass mit dem Vorstoss die Qualität der Stadt-Mitarbeitenden in Frage gestellt wird. Vielmehr sollten die Örtlichkeiten der Verwaltung vielleicht etwas offener und attraktiver gestaltet werden. Die Internetseite von Pratteln möchte sie auch erwähnen, können doch auf dieser einige Besorgungen bereits online erledigt werden. Für die Überprüfung all der Dienstleistungen unserer Stadt braucht es etwas Kreativität und ein Hinterfragen von einigen Punkten, ohne dass damit gleich das Budget massiv beeinträchtigt wird.

Dominik Odermatt (FDP) erklärt, dass bereits vor drei Jahren ein sehr ähnliches Postulat abgeschrieben wurde und in der Folge ist der Zugang zur Verwaltung doch massiv verbessert worden. Seine Fraktion ist schon der Meinung, dass man heute nicht eine wesentlich neue Situation haben kann. Liestal verändert sich aktuell rasant und die Bedürfnisse der Bevölkerung an die Verwaltung sind immer wieder anders, weshalb eine Überprüfung der Situation aber doch Sinn macht. Seine Fraktion wird deshalb der Postulatsüberweisung zustimmen,

damit die internen Prozesse und Abläufe überprüft werden können und nach Optimierungsmassnahmen sucht, die gegebenenfalls auch kostenneutral umgesetzt werden könnten.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) befürwortet die Überprüfung von Abläufen der Verwaltung und hält fest, dass die Mittefraktion deshalb auch der Postulatsüberprüfung zustimmen wird.

Lisette Kaufmann (GL) erklärt, ihre Fraktion unterstütze das Anliegen der Postulantin und wird der Überweisung des Vorstosses zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) sagt, seine Fraktion ist der Meinung, dass der Zugang zur Verwaltung bereits gut organisiert ist und in der Verwaltung auch gut geschafft wird. Zur Zeit sieht man überhaupt keine Notwendigkeit für die Vornahme irgendwelcher Art und wegen der fehlenden Notwendigkeit wird man auch der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) legt dar, dass die neuen Medien bereits beim Vorstoss im Jahre 2013 mit einbezogen wurden. Seiner Fraktion geht es darum, dass man an der Effizienz schraubt und unter Einbezug der neuen Medien viele Dinge einfacher und schlanker machen könnte. Es geht nicht darum, dass eine neue Schalterhalle gebaut wird, sondern darum, dass die Dienstleistungsprozesse überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2016/250 wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

**21 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Gemeinnütziger Wohnungsbau - Interpellation „Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau für einen vielfältigen Wohnungsmix“ von Patrick Mägli und Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2016/251)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Patrick Mägli  
Dominique Meschberger  
SP Fraktion

Liestal, 23. Mai 2016

**Interpellation**

**Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau für einen vielfältigen Wohnungsmix**

*In Liestal werden zurzeit viele Wohnungen gebaut. Häufig bilden Quartierpläne die Grundlage für die Neubauten. Oft entstehen neue Wohnungen, die als Stockwerkeigentum angeboten werden. Stockwerkeigentumswohnungen richten sich meistens an ein bestimmtes Segment von Wohnungssuchenden, die über die nötigen Mittel verfügen. Auch können Wohnungen in Form von Stockwerkeigentum langfristig nicht unproblematisch sein, insbesondere wenn es um die Erhaltung der Substanz der Gebäude geht. Eine Häufung von Wohnungen im Stockwerkeigentum, welche alle in der gleichen Zeit gebaut werden, kann für Liestal als Stadt und die nächste Generation der Bewohnerinnen und Bewohner von Liestal zum Problem werden. Als Alternative bietet sich unter anderem der genossenschaftliche Wohnungsbau an (vgl. bz. vom 9.5.2016: 1500 neue Wohnungen: Genossenschaften entdecken den Bau).*

*Wir haben folgende Fragen:*

- 1. Wie gross ist der Anteil von Stockwerkeigentumswohnungen bei den sich zurzeit im Bau befindenden und geplanten Wohnungen? Wie beurteilt der Stadtrat die Chancen und Risiken beim Bau von Stockwerkeigentumswohnungen?*
- 2. Erachtet der Stadtrat die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau als sinnvolle Alternative?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit, an Wohnbaugenossenschaften zinsgünstige Darlehen zu gewähren, wie z.B. die Gemeinde Riehen an die BWG Höflirain für den Neubau des Niederholz-Zentrums? Falls nicht, wäre die Gewährung von Bürgschaften für nachrangige Darlehen eine Alternative?*
- 4. Kann sich der Stadtrat vorstellen, eine Kampagne durchzuführen, die eine soziale Nachfolgeregelung propagiert? Die Kampagne soll die Hausbesitzer ermuntern, ihre Häuser an Wohngenossenschaften zu verkaufen, die dann garantieren, dass die Mieter bleiben können.*
- 5. Ist der Stadtrat bereit, als Türöffner/ Kontaktvermittler für Landkäufe durch Wohnbaugenossenschaften und andere Investoren, die für einen nachhaltigen Wohnungsbau einstehen, zu fungieren?*
- 6. Das kantonale Areal des Martin-Birmann-Spitals soll gemäss Vorlage des Regierungsrates einer Umnutzung zugeführt werden. Ist der Stadtrat bereit, sich für die Realisierung eines Projektes des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf diesem Areal einzusetzen?*

Patrick Mägli, SP-Fraktion

Dominique Meschberger, SP-Fraktion

\* \* \* \* \*

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass die Beantwortung der Interpellation nicht ganz so einfach ist und er auf die anschliessende Diskussion gespannt ist.

Zur Frage 1: Diese Frage kann er nicht beantworten, da die Investoren und Bauherrschaften sehr sensibel auf den Markt reagieren und beispielsweise im Laufe des Prozesses bei Quartierplanungen auf einmal Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen werden. Stockwerkeigentumswohnungen werden meist auch erst nach dem Verkauf derselben realisiert.

Zur Frage 2: Es wäre erfreulich, wenn Genossenschaftsbauten auch in Liestal Fuss fassen würden. Dazu braucht es aber Genossenschaften, die auf die Stadt zukommen müssten, denn der Stadtrat möchte sich nicht in den Wohnungsmarkt einschalten.

Zur Frage 3: Angesichts des geringen Finanzvermögens wird eine Darlehensgewährung durch die Stadt wohl kaum möglich sein, doch könnte ja vielleicht die Bürgergemeinde allfälligen Interessenten Land günstiger abgeben usw.

Zur Frage 4: Die Lancierung solcher Kampagnen dürfte wohl kaum Aufgabe des Stadtrates oder des Stadtbauamtes sein.

Zur Frage 5: Ja, denn Investoren werden bereits heute vom Stadtpräsidenten und Stadtverwalter unterstützt.

Zur Frage 6: Der Vorschlag für eine Umnutzung des Areals beim Martin-Birrmann-Spital kann wohl vom Stadtrat im Sinne eines Anliegens eingegeben werden.

Patrick Mägli (SP) dankt als Interpellant für die Beantwortung der Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Patrick Mägli (SP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Ausführungen und hält fest, dass man mit den Antworten teilweise zufrieden ist. In den letzten Jahren sind in Liestal viele neue Wohnungen entstanden und in nächster Zeit werden noch zusätzliche Wohnungen dazukommen, was für die Entwicklung Liestals ja grundsätzlich gut ist. Bei den meisten neuen Wohnungen handelt es sich um klassische Mietwohnungen oder Wohnungen im Stockwerkeigentum, welche von Investoren meist schnell und günstig gebaut werden, damit eine grösstmögliche Rendite erzielt werden kann. Diese Gegebenheit kann für Liestal zu einem Klumpenrisiko werden, denn langfristig ist der Unterhalt solcher Wohnungen nicht ganz einfach und so verlieren diese meist auch an Wert. Als Alternative bietet sich deshalb der genossenschaftliche Wohnungsbau an, setzen sich die Genossenschaften meist für nachhaltige Lösungen ein. In der Region Basel sind solche Genossenschaftsbauten wieder im Aufwind, doch ist Liestal von diesem Trend noch nicht erfasst worden. Es wäre deshalb gut, wenn der Stadtrat all seine Möglichkeiten ausschöpfen würde, um auch in Liestal dem genossenschaftlichen Wohnungsbau eine Chance geben zu können. Die Kritiker möchte er darauf hinweisen, dass genossenschaftlicher Wohnungsbau nichts mit sozialem Wohnungsbau zu tun hat. Auch neue Genossenschaftsbauten sind meist nicht billig, sondern stellen meist eine Alternative für den Mittelstand dar.

Karin Jeitziner (FDP) nimmt Bezug auf die stadträtliche Stellungnahme und stellt fest, dass die Bürgergemeinde im Zusammenhang mit der Grammet-Überbauung die Realisierung von Genossenschaftswohnungen ebenfalls geprüft hatte. Die Bürgergemeinde hat keine Steuereinkommen und muss mit ihren Einnahmen haushälterisch umgehen, womit sie auch keine gemeinnützige Institution sein kann, welche beispielsweise ihr Land einfach verschenken könnte. Sie erhofft sich schon, dass Liestal vom Zuzug zusätzlicher Steuerzahler profitieren kann und nicht mit Neuzuzügern rechnen muss, die uns nur kosten. Das neue Wohnungsangebot in der Grammet-Überbauung dürfte wohl für den Mittelstand interessant sein.

Thomas Eugster (FDP) fügt hinzu, dass es nicht Aufgabe der Stadt Liestal sei, den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu forcieren. Solche Bauvorhaben sollten von interessierten Privaten lanciert werden, denn so etwas Ähnliches passiert ja auch aktuell beim QP Hanro. Liestal verfügt bereits über ein breites Wohnungsangebot mit einem grossen Mietpreisgefüge, so werden auch 4 ½-Zimmer-Wohnungen zu einem Mietpreis von unter CHF 2'500.-- pro Monat angeboten. Liestal wird auch bei der Realisierung geplanter Quartierplanungen über einen weiterhin guten Wohnungsmix verfügen, weshalb aus Sicht der FDP-Fraktion kein Handlungsbedarf der Stadt betreffend der Förderung von Genossenschaftsbauten nötig ist.

Roman Schmied (GL) äussert, seine Fraktion finde die Förderung und Realisierung von Genossenschaftsbauten grundsätzlich eine gute Idee. Hingegen wird es nicht begrüsst, dass die Stadt beispielsweise mit günstigen Darlehen noch die Bank spielt und solche Bauvorhaben unterstützen würde. Die FDP-Votanten haben bei diesem Geschäft nun Arme und Reiche in einen Zusammenhang gebracht und beispielsweise verkannt, dass Genossenschaften keinesfalls nur für arme Leute gedacht sind.

Dominique Meschberger (SP) hält als Mitunterzeichnerin der Interpellation fest, dass Genossenschaftswohnungen eine wirklich gute Alternative für den Mittelstand sind, wenn man Wohnraum mieten oder kaufen möchte. In Genossenschaften kann man mitreden, mitbestimmen und zusammen investieren. Wie der künftige Wohnungsmix in Liestal aussehen wird, weiss man heute wohl noch nicht so genau. Auch sie findet den QP Hanro ein gutes Konzept im Zusammenhang mit dem vielseitigen Wohnungsangebot sowie der Förderung des Zusammenlebens.

Hanspeter Meyer (SVP) weist darauf hin, dass vor rund drei Jahren ein ähnlicher Vorstoss hier im Rat zur Debatte stand. Und auch in der heutigen Sitzung werden wieder ein paar Begriffe vermischt. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass die Initiative für genossenschaftliche Wohnungsbauten von aussen kommen muss. Es gibt bereits solche Genossenschaften in Liestal und die Stadt selbst kann bei Fragen eigentlich nur ihre Dienste anbieten. Er würde es auch begrüssen, wenn der Kanton anstelle einer Parkplatz-Nutzung das Land beim Martin-Birrmann-Spital im Baurecht oder für genossenschaftliche Bauten abgeben würde.

Karin Jeitziner (FDP) hält fest, dass sie wohl vorgängig falsch verstanden wurde. Auch im Zusammenhang mit der Grammet-Überbauung wollte man gemeinnützigen Wohnungsbau realisieren, doch hatte sich dafür kein Investor gefunden.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/251.*

**22 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Fragestunde**

**1. Frage / Georg Ambühl (SVP) - Räumung Gartenwirtschaften bei Defilé**

*Warum mussten gewisse Gartenrestaurant ihre Stühle und Tische wegräumen, andere aber nicht, obwohl die Platzverhältnisse die gleichen waren?*

Stadträtin Regula Nebiker: Bei Beanspruchung der Rathausstrasse wird nur die Fläche zur Verfügung gestellt, welche auch benötigt wird. Das Defilee erfolgt in Achterkolonne in der Mitte der Rathausstrasse. Das Restaurant Schützenstube liegt unterhalb der Ehrentribüne, auf welcher der Gruss abgenommen wird, weshalb dann dort die Marschkolonnen verengt und zusammen mit den Fahrzeugen auf die rechte Strassenseite gezogen werden. Aus diesem Grund musste die Gartenwirtschaft des Restaurant Schützenstube nicht geräumt werden.

**2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Kunstrasen Gitterli**

*Der Kunstrasenplatz wird rege fast täglich benutzt. Wenn ich den Kunstrasen betrachte, ist dieser eher zu einem Granulatplatz verkommen. Von Rasen kann fast nicht mehr die Rede sein. Meine Frage: Wird dieser Kunstrasenplatz überhaupt wieder instand gestellt? Wer ist für die Pflege zuständig?*

Stadtrat Daniel Spinnler: Es ist richtig, dass das Kunstrasenfeld sehr rege benützt wird und auch in die Jahre gekommen ist. Dieses wird regelmässig gebürstet, gestriegelt und 3 - 4 Mal jährlich mit der Maschine geputzt. Alle 2 -3 Jahre wird das Granulat aufgetragen, damit die Kunstrasenhalme aufrecht stehen können. So wurde auch diesen Frühling eine neue Schicht aufgetragen. Die Lebensdauer des Kunstrasenfeldes beträgt maximal 10 - 12 Jahre. Ein Ersatz kostet ca. CHF 600'000.-- und muss nach einer 8-jährigen Lebensdauer bald einmal thematisiert werden.

**3. Frage / Patrick Mägli (SP) - Seltisbergstrasse, Verbreiterung**

*Offenbar laufen zurzeit Verhandlungen zwischen der vom überrissenen Ausbauprojekt der Seltisbergerstrasse betroffenen Nachbarschaft und dem Kanton. Fragen: Wird der Stadtrat in die Verhandlungen einbezogen bzw. hat er Kenntnis vom Stand der Verhandlungen? Falls ja: Wie beurteilt er den Stand der Verhandlungen?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Da es sich um den Ausbau einer Kantonsstrasse handelt, werden die Verhandlungen zwischen dem Tiefbauamt und den Einsprechenden geführt. Das Stadtbauamt ist in diesen Prozess nicht involviert und ist derzeit auf offiziellem Weg auch nicht über den Stand informiert worden. An der Verständigungsverhandlung zur Einsprache der Stadt wurde eine Temporeduktion als Hauptanliegen betont. Der Stadtrat hat seine Einsprache aufrecht erhalten.

**4. Frage / Fabian Eisenring (SP) - Fussgänger-Inseln ohne Zebrastreifen**

*Auf diversen Liestaler Strassen wie die Waldenburgerstrasse oder Rheinstrasse wurden für Fussgänger-Inseln für die Überquerung erstellt, jedoch ohne Zebrastreifen, was zur Verwirrung aller Verkehrsteilnehmer führt. Bleibt dies so?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Inseln heissen richtig „Querungshilfen“ und ermöglichen ein sichereres Überqueren der Strassen. Der Fussgänger hat keinen Vortritt gegenüber den Autos wie auf einem Zebrastreifen. An die Errichtung von Fussgängerstreifen sind derzeit von der Polizei und dem Tiefbauamt ausgesprochen hohe Anforderungen gestellt: Einhaltung der Sichtdistanz, Beleuchtung, Distanz zum nächsten Fussgängerstreifen etc.

5. Frage / Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) - Tempo 30 Langhagquartier

*Im Langhagquartier gilt wie in den meisten Quartieren Tempo 30. Trotzdem wird das Tempo dort oft missachtet, vor allem auf Langhag-, Gitterli- und Froburgstrasse (dort im Teilstück mit hohen Hausnummern). Dies weil die Strassen breit, schnurgerade und im Falle von Gitterli- und Froburgstrasse zudem stark abschüssig sind. Mit Ausnahme der Langhagstrasse wurden zudem wenig bis keine baulichen Veränderungen vorgenommen wurden um hohe Tempi zu verunmöglichen. Meine Frage lautet: Ist sich der Stadtrat der Problematik bewusst und ist er bereit, durch bauliche Massnahmen (z.B. Pflanzbeete, Absperrungen) die Sicherheit im Quartier zu erhöhen?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Problematik in den Quartieren Burghalden, Langhag und Sichern ist bekannt, weshalb zusätzliche verkehrsberuhigende Massnahmen geprüft wurden. Diese werden zum Teil noch dieses Jahr, spätestens ab 2017 umgesetzt.

6. Frage / Meret Franke (GL) - Sichere Schulwege

*Alle Schulkinder aus dem Burghaldenquartier, der Erzenbergstrasse und dem Fraumattquartier die das Mühlemattschulhaus besuchen, müssen die Mühlemattstrasse überqueren. Nun wurde die Lichtsignalanlage an der Mühlemattstrasse während den Sommerferien wieder entfernt. Warum macht der Kanton so etwas? Wie kann der Schulweg zum Mühlemattschulhaus sicherer gemacht werden?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Lichtsignalanlage wurde wegen der Verkehrsumleitung über die Mühlemattstrasse während der Rheinstrasse-Bauphase installiert. Die Bauarbeiten sind nun abgeschlossen und die Lichtsignalanlage ist nun vom Kanton wieder demontiert worden. Von der Stadt wurde angeregt, dass auf der Seltisbergerbrücke ebenfalls provisorisch eine Lichtsignalanlage zu Gunsten eines sicheren Schulweges installiert würde, damit die Schüler der Frenke während des einjährigen Schulbesuchs im Rotacker sicherer die Strasse überqueren könnten. Dieser Vorschlag ist vom Kanton abgelehnt worden, da die Menge der Fahrzeuge zu klein ist, die dort die Strasse frequentieren.

7. Frage / Meret Franke (GL) - Fussgängerstreifen Rheinstrasse

*Warum wurde der Fussgängerstreifen zwischen der Katholischen Kirche und dem Restaurant Falken aufgehoben? Dieser Fussgängerstreifen wurde nebst Kirchengängern und Spitalbesuchern auch von den Schulkindern genutzt, die zum Mittagstisch ins Restaurant Falken müssen.*

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Fussgängerstreifen ist tatsächlich aufgehoben worden, hingegen ist ein solcher zusätzlich bei der Kreuzung erstellt worden. Das Tiefbauamt ist der Meinung, dass die Umwegdistanz zumutbar sei und damit auch der Verkehr verflüssigt werden konnte. Im neuen Strassennetzplan ist eine Fusswegverbindung vom Bahnhof bis zum Restaurant Falken bzw. der Rheinstrasse geplant und zur gegebenen Zeit dürfte der Entscheid betreffend einem Fussgängerstreifen beim Restaurant Falken zur gegebenen Zeit wieder einmal thematisiert werden.

8. Frage / Karin Jeitziner (SP) - Trauungen im Rathaus

*Das Zivilstandsamt von Liestal ist nach Arlesheim gezogen. Dadurch fahren viele Liestaler Einwohner/innen nach Arlesheim für die Trauung. Trotz Wegzug des Zivilstandsamtes, kann die Trauung weiterhin in Liestal im schönen Rathaus durchgeführt werden. Leider wissen dies viele heiratswillige Paare nicht. Ich würde es sehr schätzen, wenn die Liestaler Bevölkerung dazu aufgeklärt würde auch im Hinblick auf die Sparmassnahmen des Kantons in einem Jahr. Fragen an den Stadtrat:*

*Ist der Stadtrat gewillt, im „Liestal aktuell“ darauf hinzuweisen?*

*Welcher Raum steht für die Trauung zur Verfügung?*

*Könnte die Hochzeitsgesellschaft einen Apéro im Rathaus durchführen?*

*Würde sich der Stadtrat beim Kanton einsetzen, dass die Trauungen weiterhin in Liestal durchgeführt werden können?*

Stadtpräsident Lukas Ott: Das Zivilstandsamt ist nach Arlesheim gezügelt und dort finden in der Regel auch die Trauungen statt. Der Stadtrat ist nach wie vor der Meinung, dass aus verschiedenen Gründen Trauungen auch weiterhin in Liestal möglich sein sollten. Hierfür ist auch der Stadtratssaal zur Verfügung gestellt worden und dieser wird als Trauungslokal auch immer wieder gebucht. Ab nächstem Jahr soll man nun gar nicht mehr in den Gemeinden heiraten können und diesbezüglich hatte der Stadtrat beim Kanton bereits interveniert, wobei man nochmals schriftlich nachhaken wird. Wenn die Trauungen im Stadtratssaal während der Arbeitszeit stattfinden, so sollen Apéros ausserhalb des Rathauses organisiert werden.

9. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Schulweg über Hinterseeweglein

*Wird der Schulweg über das Hinterseeweglein demnächst wegen Bauarbeiten gesperrt oder finden die Bauarbeiten während den Schulferien statt?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Diesen Sommer wurden im Zusammenhang mit dem Vierspurausbau der SBB Sondierbohrungen am Hinterseeweg gemacht. Dem Stadtbauamt sind keine weiteren Bauarbeiten bekannt. Ab 2019 wird der Hinterseeweg im Zusammenhang mit dem Vierspurausbau der SBB bestimmt tangiert sein.

10. Frage / Dominique Meschberger (SP) - Veloparkplätze am neuen Bahnhofareal

*In welchem Ausmass werden Veloparkplätze am neuen Bahnhofsareal eingeplant?*

Stadtrat Franz Kaufmann: Es besteht ein Bedarf an 900 Veloabstellplätzen. Es werden 300 - 400 Parkplätze bei der Velostation erstellt und die restlichen Veloparkplätze im Rahmen des Quartierplanes Corso geplant.

**23 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Elefantenbrüggli - Postulat „Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum“ von Bruno Imsand der FDP-Fraktion (Nr. 2016/256)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

FDP-Fraktion  
Bruno Imsand

**Postulat  
Zugang vom Postplatz zum Stadtzentrum «Elefantenbrüggli»**

*Am 9. Mai 2016 wurde das Siegerprojekt und auch die anderen Projekte des Wettbewerbes «Studienauftrag - Neubau Postplatz / Umgestaltung Allee» der Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der ursprünglichen Zielsetzung des Projektes stand die Aufwertung der Verbindung vom Postplatz zur Altstadt weit oben auf der Prioritätenliste. In der Öffentlichkeit und auch in privaten Zirkeln wurde festgestellt, dass von den eingereichten Projekten nur ein Vorschlag die in der Bevölkerung verbreitete Hoffnung auf eine Brückenverbindung vom Bahnhof-/Postareal ins Zentrum von Liestal aufgenommen und dargestellt hat. Bei anderen Projekten stellt sich die Frage, ob die Anbindung der Altstadt wirklich in der geforderten Klarheit dargestellt worden ist – ohne die Arbeit der Jury kritisieren zu wollen.*

*In der Zwischenzeit wurden bereits Anstrengungen von verschiedener Seite unternommen die Idee einer Brückenverbindung wieder in Erinnerung zu rufen und auch deren Realisierung zu prüfen.*

*Um die Transparenz für die Bevölkerung von Liestal in der Entscheidungsfindung sicher zu stellen, sind wir der Meinung, dass diese Variantendiskussion nicht in irgendwelchen Hinterzimmern, sondern in den von der Bevölkerung gewählten Gremien - Einwohnerrat und Stadtrat – mit Einbezug der Öffentlichkeit zu führen und zu entscheiden ist.*

*In diesem Sinne bitten wir den Stadtrat zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten:*

- a) Wie die Zielsetzung einer optimalen Verbindung vom Postplatz zur Altstadt umgesetzt werden kann.*
- b) Unter welchem Umständen die Bauherrschaft bereit wäre die Variante «Elefantenbrüggli» in die Planung bzw. in die Ausführung des Projektes aufzunehmen.*
- c) Welche architektonisch / städteplanerischen Konsequenzen eine solche Brückenverbindung mit sich bringen würde.*
- d) Welche finanziellen Folgen allenfalls eine solche Brücken-Variante für die Stadt Liestal hätte.*
- e) Mit welchen weiteren Auswirkungen im Zentrum von Liestal beim «Elefantentor» zu rechnen wäre.*

Liestal, 20. Juni 2016

Bruno Imsand

\*\*\*\*\*

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, er sei eigentlich froh über den Vorstoss, denn bei der Präsentation des Post-Wettbewerbes merkte man, dass die Verbindung zum Stedtli ein Thema ist, welches beschäftigt, obwohl ja der bestehende Zugang auch nicht unattraktiv ist. Sehr unattraktiv ist jedoch der Zugang zum Ziegelhof-Areal, was ja im noch hängigen Postulat „Anbindung Zentrum Nord“ thematisiert wird. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zur Prüfung und Beantwortung zu übernehmen.

Bruno Imsand (FDP) sagt als Postulant, dass mit Brücken ja Verbindungen hergestellt werden. Ihm ist es wichtig, dass das Bahnhof- und Postareal nicht vom historischen Stadtkern Liestals getrennt werden. Liestal wird ja bereits durch die Bahnlinie und die Kantonsstrasse A22 schon genug getrennt. Das Elefantenbrüggli soll ein Synonym für einen möglichst einfachen und niveaugleichen Übergang von einten zum anderen Ort sein. Auch soll das Elefantenbrüggli in den offiziellen Gremien thematisiert und in den weiteren Planungen rechtzeitig berücksichtigt werden.

Bernhard Bonjour (SP) informiert, dass in der SP-Fraktion ganz unterschiedliche Meinungen vertreten werden. Wichtig und unbestritten ist die Anbindung der Altstadt an den Bahnhof, was mit einer Passerelle sicher gelöst werden könnte. Auch die jetzigen bestehenden Wegverbindungen gefallen und sind deshalb ein anderer Aspekt. Auch wird der Orisbach renaturiert und die Allee neu gestaltet, wobei diese Neugestaltung im Falle einer Realisierung eines Elefantenbrüggli wohl nur noch aus der Luft betrachtet würde. Trotz einer gewissen Skepsis wird seine Fraktion der Überweisung des Vorstosses einstimmig zustimmen, damit der Lösungsvorschlag vom Stadtrat zumindest geprüft werden kann.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) sagt, die Mittefraktion wird die Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat mehrheitlich nicht unterstützen. Seine Fraktion hatte das Postulat Nr. 2012/219 in gleicher Angelegenheit vor Jahren mitunterzeichnet. Das Siegerprojekt vom durchgeführten Post-Wettbewerb sieht keine Verbindung im Sinne des Elefantenbrüggli vor. Alleine die Aufwertung der Allee mit dem Orisbach wird hohe Kosten verursachen, dürfte dann aber doch zu einem wichtigen Begegnungsort werden. Das die Allee überquerende Elefantenbrüggli soll aber nicht auch noch zu einem Begegnungsort werden. Mit einer solchen Brücke würden zudem die Bewohner der Allee-Bäume gestört, die sich in der Folge nach anderen Nistplätzen umsehen müssten. Das Brüggli hätte eine Länge von rund 110 Metern, dürfte wenig attraktiv sein und nur sehr viel kosten. In Kürze kann ja das Stedtli über den Fussweg durch die Allee oder über die Poststrasse erreicht werden. Auch macht es wenig Sinn, wenn man mit der Postulatsüberweisung zusätzlichen Druck auf die bevorstehende Quartierplanung machen würde.

Hanspeter Zumsteg (GL) weist darauf hin, dass die Post-Neuüberbauung mit Einbezug der Nachbarliegenschaften viele Vorteile und Chancen für Liestal mit sich bringen dürfte. Diesbezüglich möchte er die neu gestaltete Allee, den renaturierten Orisbach, zusätzliche Parkplätze im unterirdischen Parkhaus sowie eine niveaugleiche Verbindung vom Stedtli zum Bahnhof erwähnen. Das Postulat Nr. 2012/219 ist von allen Fraktionen unterzeichnet worden und schon damals wurde die Wichtigkeit einer niveaugleichen und kurzen Verbindung vom Bahnhof zum Stedtli mehrmals erwähnt. Ein solches Brüggli wäre sicher auch eine attraktive Bereicherung für Liestal. Seine Fraktion wird der Prüfung des innovativen Vorschlages durch den Stadtrat zustimmen und die Postulatsüberweisung unterstützen.

Markus Rudin (SVP) gibt bekannt, dass seine Fraktion grossmehrheitlich der Postulatsüberweisung zustimmen wird, da eine direkte und schnelle Anbindung vom Stedtli ohne grössere Hindernisse an den Bahnhof befürwortet wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass vor rund vier Jahren das Postulat betreffend einer Überdeckung des Burgeinschnittes an den Stadtrat zur Prüfung überwiesen wurde. Auch damals hatte es sich um eine gute Idee gehandelt, die schlussendlich aber an den Kosten scheiterte. Dies dürfte nun auch wieder beim Elefantenbrüggli-Postulat wiederum der Fall sein. Bei einer Umsetzung des Post-Siegerprojektes ist es zudem gar nicht möglich, das Elefantenbrüggli zu realisieren. Bei einer Postulatsüberweisung würde zudem noch unnötig Sand ins Getriebe von bereits laufenden Projekten gestreut. Eine Postulatsüberweisung dürfte schlussendlich nur Zeit und Geld kosten, aber nichts bringen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2016/256 wird mit grossem Mehr an den Stadtrat überwiesen.

**24 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**10. Oristalunterführung - Postulat betreffend Verlängerung der Unterführung Oristal von Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/257)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Sonja Niederhauser  
CVP/EVP/GLP-Fraktion

21. Juni 2016

**Postulat: Verlängerung der Unterführung Oristal**

Die Umsetzungspläne der SBB für den Vierspurausbau und die baulichen Massnahmen am Bahnhof Liestal wurden vor kurzem vorgestellt. Das Bahntrasse spaltet Liestal in zwei Teile. Es ist deshalb wichtig, dass Liestal jetzt seine Anliegen für optimale Verbindungen der südwestlichen Quartiere (Oristal und Sichert) einbringt.

Wer jetzt von Seiten Stedtli und Bahnhof Richtung Rotacker und Gymnasium unterwegs ist, benutzt in den meisten Fällen die Bahnunterführung Oristal und muss dann am Rotlicht warten. Wenn die Gymschüler unterwegs sind, sind das ganze Völkerwanderungen. Auch gibt es nach wie vor Autofahrer, die von der Bahnunterführung her kommend das Rotlicht nicht achten und entsprechend bei Rot nicht anhalten. Das ist eine extrem gefährliche Situation, da die Strasse eine Kurve macht und die Fussgänger – auch Primarschüler – nicht sehen können, ob ein Auto kommt.

Es muss in unserem Interesse sein, solche gefährliche Verkehrssituationen zu entschärfen. Verkehrstechnisch wäre eine Verlängerung der Unterführung Oristal die optimalste Lösung. Wer von der Unterführung her kommt, sollte die Möglichkeit erhalten – je nach Zielort – den entsprechenden Ausgang zu seiner Oristalstrassenseite zu wählen. Auf eine Ampel mit Fussgängerstreifen könnte eventuell ganz verzichtet werden. Da die Strassenführung der Oristalstrasse beim Bau des Vierspurausbaus angepasst werden wird, könnte diese Verlängerung ohne viel Zusatzaufwand realisiert werden.

Wir bitten den Stadtrat:

- Abzuklären, wie sich so eine Verlängerung der Unterführung Oristal in die Baupläne der SBB integrieren lässt.
- Abzuklären, wer dafür zuständig ist (Kanton oder Gemeinde).
- Mit allem Nachdruck für diese Verlängerung der Unterführung Oristal und die Entschärfung der Verkehrssituation für die Fussgänger einzustehen.
- Den Einwohnerrat über den aktuellen Stand auf dem Laufenden zu halten.

Sonja Niederhauser, CVP/EVP/GLP-Fraktion

\*\*\*\*\*

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) sagt als Postulantin, dass es sich bei der Oristal-Unterführung mit Fussgängerstreifen in unüberschaubaren Kurven, Ampeln usw. wohl um eine der gefährlichsten Stelle in Liestal handelt, welche von zahlreichen Einwohnern und auch vielen Schülern frequentiert werden muss. Die Verlängerung der Unterführung könnte ja aus Kostengründen auch mit den Bauarbeiten der SBB betreffend dem Vierspurausbau koordiniert werden. Da es sich bei der Oristalstrasse um eine Kantonsstrasse handelt, wäre eine Mitfinanzierung der Unterführungsverlängerung durch den Kanton noch zu prüfen. Im Landrat ist bereits ein Postulat zu diesem Thema eingereicht worden und dieses würde mit der Überweisung des einwohnerrätlichen Vorstosses sicher mehr Gewicht bekommen.

Michael Durrer (GL) äussert, die Problematik bei der Oristal-Unterführung sei allgemein bekannt, die Gelegenheit sollte deshalb genutzt und das Postulat vom Rat an den Stadtrat überwiesen werden.

Walter Leimgruber (SP) legt dar, auch seine Fraktion werde der Postulatsüberweisung ebenfalls zustimmen. Ob dann das Bauvorhaben realisiert werden soll oder nicht, kann vom Stadtrat bei Vorliegen der stadträtlichen Postulatsantwort immer noch entschieden werden. Persönlich möchte er noch die Frage am Rande erwähnen, ob denn die Unterführung nicht gleich bis in die Allee verlängert werden könnte.

Patricia Bergamin (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion der Postulatsüberweisung ebenfalls zustimmen wird.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, es sei der richtige Zeitpunkt, um den Lösungsvorschlag der Postulantin näher zu prüfen, weshalb auch seine Fraktion der Überweisung zustimmen wird.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, auch die Mittefraktion spreche sich für eine Postulatsüberweisung aus.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2016/257 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Beat Gränicher (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass man von diesem Angebot keinen Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Beat Gränicher

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann